

Die zionistisch-atlantische Kette durchbrechen

Der Weg nach Eurosibirien: Die Zukunft Europas hängt davon ab, sich von der atlantischen und zionistischen Vorherrschaft zu befreien.



22. Juli 2026 | Constantin von Hoffmeister

Der politische Denker William Pierce (1933–2002) beleuchtete die Lage Amerikas mit unerschütterlichem Realismus. Er zeigte auf, dass die USA in einen tiefgreifenden rassischen und kulturellen Niedergang geraten waren, der durch den Verlust der ethnischen Homogenität und den wachsenden Einfluss von Kräften, die der historischen amerikanischen Nation feindlich gesinnt sind, vorangetrieben wurde.

Pierce argumentierte, dass die Kontrolle von Finanzen, Medien und Politik durch eine fremde Elite eher engstirnigen Interessen diene als dem Wohlergehen der amerikanischen Gründungsbevölkerung. Er warnte davor, dass ungebremste Einwanderung, sinkende Geburtenraten unter weißen Amerikanern und endlose Verstrickungen im Ausland Teil einer gezielten Aushöhlung der nationalen Stärke seien. Pierce forderte den Schutz der Völker europäischer Abstammung und die Schaffung eines Staates, der auf rassischer und kultureller Integrität basiert.

Die USA verfallen seit Jahrzehnten in einem systemischen Niedergang, und ihre politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten sind sich dessen nur allzu bewusst. Die Lebenserwartung der Mehrheit der einfachen Amerikaner sinkt stetig – ein brutales Symptom einer Gesellschaft im tiefen Verfall –, doch die herrschende Klasse beobachtet diesen Zusammenbruch weiterhin mit kalter

Gleichgültigkeit. Der Aufstieg der Volksrepublik China zu einem starken und erfolgreichen systemischen Rivalen hat ihre Selbstzufriedenheit zunichte gemacht. In die Enge getrieben durch diese Herausforderung haben die amerikanischen Kapitalisten und die Trump-Regierung mit noch größerer Aggressivität und Rücksichtslosigkeit als zuvor reagiert und schlagen um sich, um ihre schwindende Vorherrschaft zu bewahren. Trotz seiner Wahlversprechen erwies sich Trump als unfähig, die Flut der Masseneinwanderung aufzuhalten oder den raschen demografischen Zerfall der historischen weißen europäischen Gründungsbevölkerung Amerikas umzukehren. Dieses Scheitern hat die Grenzen seiner Macht und die tief verwurzelte Natur der Kräfte, die den rassistischen und kulturellen Austausch der Nation vorantreiben, noch deutlicher offenbart.

Wird sich Europa weiterhin dieser scheiternden atlantisch-zionistischen Ordnung unterwerfen, oder wird es sich endlich befreien und durch ein strategisches eurosibirisches Bündnis mit Russland den Weg der kontinentalen Souveränität einschlagen?

Der vom Protestantismus geprägte Gründungsmythos Amerikas stellte die USA als eine Nation dar, die von Gott besonders gesegnet und legitimiert war – als auserwähltes Volk mit dem göttlichen Auftrag, zu expandieren und zu herrschen. Dieses religiöse Selbstverständnis, das in den calvinistischen Vorstellungen von Auserwählung und weltlichem Erfolg verwurzelt war, verschmolz von Anfang an mit dem amerikanischen Projekt. Wie der Soziologe Max Weber in seiner Analyse der protestantischen Ethik berühmt argumentierte, wurde dieser Glaube an göttliche Gunst und materiellen Erfolg zu einer mächtigen ideologischen Kraft, die sowohl die unerbittliche Expansion als auch die moralische Überlegenheit des amerikanischen Unterfangens rechtfertigte.

Die Trump-Regierung bekennt sich offen zu einer entschlossenen zionistischen Politik und zur christlich-zionistischen Ideologie. Beide großen amerikanischen Parteien leisten dem Staat Israel seit über sechzig Jahren ununterbrochene parteiübergreifende Unterstützung. Diese Unterstützung umfasst unerschütterlichen diplomatischen Schutz, wiederholte Vetos gegen kritische Resolutionen des UN-Sicherheitsrats gegen Israel, konsequente Stimmen zugunsten Israels in der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie jährliche Militärhilfe in Milliardenhöhe und Lieferungen modernster Waffen, darunter Kampfflugzeuge, Raketenabwehrsysteme und Präzisionsmunition. Die mächtige jüdisch-zionistische Lobby, allen voran das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), gewährt Politikern beider Parteien organisierte politische und finanzielle Unterstützung.

Präsident Trump ist weiter gegangen als seine Vorgänger, indem er sich offen der christlich-zionistischen Ideologie angeschlossen und sich deren begeisterte Unterstützung gesichert hat. Mehrere seiner einflussreichsten Berater und hochrangigen Beamten, darunter wichtige Kabinettsmitglieder, sind bekennende Zionisten, wobei sich einige ausdrücklich als christliche Zionisten bezeichnen. Jared Kushner, Trumps Schwiegersohn und leitender Berater, spielte eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der pro-israelischen Politik.

Im krassen Gegensatz dazu betrachtete die Sowjetunion den Zionismus als eine gefährliche Form des rassistischen Imperialismus und als Instrument der westlichen kapitalistischen Vorherrschaft. Nach Israels blitzschnellem Sieg im Sechstagekrieg von 1967 – in dem es in einem Expansionskrieg große Gebiete von Ägypten, Jordanien und Syrien eroberte – verschärfte die UdSSR ihren Widerstand. Sowjetische Führer und die Propaganda verurteilten den Zionismus scharf als aggressive, kolonialistische Ideologie. Die Sowjetunion wurde zu einem der stärksten internationalen Unterstützer der arabischen Staaten, rüstete diese gegen Israel auf und stellte das zionistische Projekt als

von Natur aus expansionistisch und als den Prinzipien der nationalen Befreiung und des Sozialismus zuwiderlaufend dar.

Dieser grundlegende Konflikt um den Zionismus machte den Israel-Palästina-Konflikt zu einem der zentralen ideologischen Schauplätze des Kalten Krieges, wobei Trumps begeisterte Befürwortung des Zionismus die direkte Fortsetzung der amerikanischen Seite dieser historischen Konfrontation darstellt.

Trump folgt einem altbewährten Muster vieler amerikanischer Präsidenten vor ihm: Sie verkünden öffentlich ihren Wunsch nach Frieden, um später Konflikte zu initiieren oder zu eskalieren. Trumps Fall bildet da keine Ausnahme. Er sprach davon, endlose Kriege zu beenden, während er letztendlich auf eine Konfrontation mit dem Iran zusteuerte. Frühere Präsidenten legten dieselbe Heuchelei an den Tag. Woodrow Wilson gewann 1916 die Wiederwahl mit dem Slogan „Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten“, nur um Amerika im folgenden Jahr in den Ersten Weltkrieg zu führen.

Während Wilson Neutralität predigte, versorgten die Wall-Street-Banken und Großkonzerne die Kriegsparteien bereits von Beginn des Konflikts im Jahr 1914 an eifrig mit Waffen, Rohstoffen und riesigen Krediten. Lyndon B. Johnson trat 1964 als Friedenskandidat gegen Barry Goldwater an und eskalierte anschließend den Vietnamkrieg dramatisch.

George W. Bush versprach im Jahr 2000 eine bescheidene Außenpolitik, leitete dann aber 2003 die Invasion des Irak ein. Die zentrale Frage ist daher nicht, ob Trump einen echten Bruch darstellt, sondern ob er lediglich die langjährige Tradition der amerikanischen Außenpolitik fortsetzt – eine Tradition, die von hochfliegender Friedensrhetorik geprägt ist, hinter der sich wiederholte militärische Aggressionen verbergen.

Die Regierung der USA und ihre führenden Kapitalisten sind nicht ein und dieselbe Einheit. Obwohl beide oft zusammenarbeiten und die Regierung häufig die Interessen des Großkapitals fördert, bleiben sie getrennte Kräfte mit unterschiedlichen unmittelbaren Anforderungen. Die Regierung muss sich der Öffentlichkeit stets als Hüterin der Demokratie, des Friedens und des nationalen Wohlergehens präsentieren.

Die Kapitalisten hingegen streben nach Profit, Marktbeherrschung und langfristiger Macht, selbst wenn diese Ziele im Widerspruch zur offiziellen Politik oder zur erklärten Neutralität stehen. Diese Trennung ermöglicht es den Kapitalisten, Gesetze zu brechen oder Regierungserklärungen zu ignorieren, wie sie es in den 1930er Jahren taten, als sie Mussolini, Franco und Hitler trotz der vom Kongress verabschiedeten Neutralitätsgesetze mit Waffen und Material versorgten. Die Beziehung ist geprägt von engem Bündnis und gegenseitiger Abhängigkeit, geht jedoch nicht bis zur vollständigen Einheit. Die Regierung liefert die öffentliche Rhetorik und die politische Legitimität; die Kapitalisten stellen die Finanzierung bereit und prägen häufig die zugrunde liegende Politik.

Die der Regierung zugewiesene Rolle besteht darin, Demokratie, Frieden und Wohlstand zu versprechen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern und den Anschein von Legitimität aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig werden die beiden großen Parteien in hohem Maße von Unternehmen und Banken finanziert, deren konkrete wirtschaftliche und strategische Interessen häufig unabhängig von offiziellen öffentlichen Erklärungen oder sogar in direktem Widerspruch dazu verfolgt werden. Diese Dualität steht in engem Einklang mit der politischen Theorie von Carl Schmitt (1888–1985), der argumentierte, dass liberale Demokratien durch eine permanente

Spannung zwischen der formalen Verfassungsordnung und den tatsächlichen Machtzentren gekennzeichnet sind.

Schmitt zufolge verbirgt sich hinter der liberalen Fassade des Parlamentarismus und der öffentlichen Debatte der entscheidende Einfluss mächtiger Wirtschaftsinteressen und verborgener souveräner Akteure, die bestimmen, wann Ausnahmen gemacht werden, und deren Wille letztlich die Politik prägt. Im amerikanischen System erfüllt die Regierung die theatralische Funktion eines demokratischen Rituals, während die wahre souveräne Macht – konzentriert im Finanzkapital, in Großkonzernen und verbündeten Lobbygruppen – mit größerer Autonomie agiert und oft formelle Neutralität oder erklärte Prinzipien außer Kraft setzt, wenn ihre vitalen Interessen auf dem Spiel stehen.

Amerikanische und europäische Rüstungshersteller erzielen zusammen mit großen Investmentfonds enorme Gewinne aus den andauernden Kriegen, insbesondere aus dem Konflikt in der Ukraine. Unternehmen wie Lockheed Martin, Raytheon, Rheinmetall und BAE Systems verzeichnen einen Anstieg ihrer Aktienkurse und Auftragsbestände, da der Krieg riesige Mengen an Raketen, Munition, Drohnen und gepanzerten Fahrzeugen verschlingt. Investmentfonds, die stark im Verteidigungssektor engagiert sind, haben ebenfalls beträchtliche Renditen erzielt, was einmal mehr zeigt, wie bestimmte mächtige Wirtschaftsinteressen direkt von langwierigen militärischen Konflikten profitieren.

Chinesische Unternehmen arbeiten nach völlig anderen Grundsätzen. Zwar gibt es in China viele wohlhabende Privatpersonen und erfolgreiche Unternehmer, doch verbietet das politische System die private Finanzierung der Kommunistischen Partei strengstens. Ein wesentlicher Unterschied liegt in Chinas Politik gegenüber ausländischem Kapital: Das Land hat Tausende westlicher Unternehmen und Investoren willkommen geheißen, unterwirft diese jedoch weitaus strengeren Vorschriften, Anforderungen an Joint Ventures und einer strengeren Aufsicht, als sie in den USA oder Europa gelten. Diese Investoren akzeptieren solche Bedingungen weitgehend, da China nach wie vor der weltweit größte und am schnellsten wachsende Markt ist und in Branchen, in denen es rasante technologische Fortschritte erzielt hat, eine unvergleichliche Größe und Chancen bietet.

Chinas Arbeitnehmer haben in den letzten drei Jahrzehnten einige der weltweit größten und nachhaltigsten Reallohnsteigerungen verzeichnet. Im gleichen Zeitraum hat sich im Land eine riesige, wohlhabende städtische Mittelschicht mit mehreren hundert Millionen Menschen gebildet. Diese dramatische Verbesserung des Lebensstandards der einfachen Chinesen steht in scharfem Kontrast zu der Stagnation und dem Niedergang, die ein Großteil der Arbeiter- und Mittelschicht in den Vereinigten Staaten und vielen westlichen Ländern erlebt hat. In Amerika ist die einst starke Mittelschicht stetig ärmer und kleiner geworden.

Gleichzeitig unterhalten die USA etwa 850 Militärstützpunkte und Einrichtungen, die über rund 80 Länder weltweit verteilt sind. Diese Stützpunkte stellen eine enorme finanzielle Belastung dar und kosten jährlich Hunderte von Milliarden Dollar. Besonders kostspielig sind die abgelegenen Außenposten wie Guam im westlichen Pazifik, Diego Garcia im Indischen Ozean und Guantanamo Bay auf Kuba, die ständige Versorgungslieferungen, eine spezielle Infrastruktur und lange Versorgungswege fernab vom amerikanischen Festland erfordern. China trägt keine dieser hohen finanziellen oder logistischen Belastungen.

Die US-Regierung behauptet, sie gebe enorme Summen für den Schutz ihrer Verbündeten aus. Den Europäern wird immer wieder das Argument vorgebracht, ein Rückzug der Amerikaner würde sie schutzlos und unsicher zurücklassen. Diese Vorstellung ist ein zentraler Bestandteil der offiziellen amerikanischen Darstellung. Die US-Verfassung weist die Regierung jedoch ausdrücklich an, ausschließlich den nationalen Interessen der USA zu dienen. Die Behauptung, Amerikas Hauptaufgabe bestehe darin, die Sicherheit Europas zu gewährleisten, ist daher falsch. Derzeit verlagert die USA einen Großteil ihrer militärischen Ressourcen nach Asien, da sie China als ihren wichtigsten geopolitischen Rivalen betrachtet. Im Rahmen dieser Verlagerung erhalten Japan, Australien, die Philippinen und Südkorea mehr amerikanische Waffen und Unterstützung.

Unterdessen dienen die amerikanischen Militärstützpunkte in Europa weiterhin als logistische Zentren für Drohneneinsätze und Munitionstransporte. Unter der Trump-Regierung erhöhen die europäischen NATO-Mitglieder ihre Militärausgaben weiter und rüsten sich gegenüber Russland auf. Kein führender europäischer Politiker spricht sich für einen Austritt aus der NATO aus. Selbst diejenigen, die eine stärkere europäische Souveränität und größere Unabhängigkeit von den USA fordern, stellen die NATO-Mitgliedschaft nicht in Frage.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit festigt dieses Arrangement. In Deutschland, Frankreich, Belgien, Großbritannien, den Niederlanden, Luxemburg und der Schweiz zählen mächtige amerikanische Finanzinvestoren – darunter BlackRock, Vanguard, State Street, KKR, Blackstone, Carlyle und Capital Group – zu den größten Anteilseignern der wichtigsten Unternehmen und Banken. Diese Investoren treiben den Abbau von Arbeitsplätzen voran und setzen Strategien zur Steuervermeidung durch. Aus diesen Gründen bleibt die häufig beschworene Idee der europäischen Unabhängigkeit von den USA derzeit ein rhetorisches Versprechen und keine vollendete Tatsache.

Die wesentliche Voraussetzung für echte Sicherheit, Frieden und echten Wohlstand ist die vollständige Beendigung der demütigenden Abhängigkeit Europas von den USA. Die europäischen Nationen sollten unverzüglich aus der NATO austreten und ein eigenes, unabhängiges Sicherheitsbündnis gründen. Die stärkste und natürlichste Form dieses Bündnisses wäre eine strategische Partnerschaft zwischen Kontinentaleuropa und Russland: ein souveräner eurosibirischer Block, frei von amerikanischer Kontrolle.

Wie der französische Denker Guillaume Faye (1949–2019) in seiner Vision von Eurosibirien eindringlich darlegte, muss Europa ein großes kontinentales Bündnis mit Russland schmieden, um der amerikanischen Hegemonie entgegenzuwirken, die Masseneinwanderung abzuwehren, seine zivilisatorische Identität zu verteidigen und sich eine Zukunft als unabhängige Macht auf der Weltbühne zu sichern.



Der amerikanische Strategie Francis Parker Yockey (1917–1960) identifizierte die USA als den wichtigsten externen Träger einer Kulturverzerung, die die organischen Grundlagen der europäischen Zivilisation schwächt. Yockey beschrieb, wie die liberale Demokratie und der materialistische Kapitalismus, geprägt von fremden Einflüssen, die geistige Einheit und die historische Bestimmung des Westens untergraben. Er forderte die Schaffung eines europäischen Imperiums: einer souveränen, hierarchischen und geistig erwachten kontinentalen Ordnung, die in der Lage ist, sich gegen äußere Herrschaft und inneren Verfall zu wehren.

Yockey betonte, dass wahre europäische Unabhängigkeit die Ablehnung amerikanischer Finanzkontrolle, militärischer Bündnisse und kultureller Modelle erfordert, die Quantität vor Qualität und einen entwurzelten Individualismus vor organische Gemeinschaften stellen. Er warnte davor, dass eine fortgesetzte Unterwerfung Europa daran hindert, seine weltgeschichtliche Mission zu erfüllen, und zur schrittweisen Verdrängung seiner Völker und Traditionen führt.

Die Fakten stimmen weitgehend mit Yockeys Analyse überein. Die Struktur der amerikanischen Macht, die Rolle des Zionismus, die wirtschaftlichen Verflechtungen und der Druck auf unabhängige Staaten veranschaulichen allesamt die Mechanismen, die Yockey aufgedeckt hat. Die Europäer und andere Nationen haben nun die Möglichkeit, diese Realität anzuerkennen, die Abhängigkeitsstrukturen zu überwinden und eine Zukunft aufzubauen, die auf ihren eigenen kulturellen und historischen Stärken basiert. Der Weg nach vorn liegt in einem weitsichtigen Handeln, das auf den organischen Prinzipien basiert, für die Yockey eingetreten ist.